



**Einrichtung eines Runden Tisches Klimaschutz
Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
vom 23. November 2019**

Fachbereich: Zentralbereich
Sachbearbeitung: Klein, Sebastian
Aktenzeichen: Z/stab/sk
Vorlagennummer: 2019/515
Datum: 03.12.2019
Berichterstattung:

TOP	Gremium (Beratungsfolge):	Termin:	Topstatus	Beratung
12	Stadtrat	10.12.2019	öffentlich	beschließend

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Runden Tisches Klimaschutz.
2. Die Zusammensetzung des Runden Tisches im Sinne des Antrages legt abschließend der Zentralkomitee fest.

Begründung/Problembeschreibung:

Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 23. November 2019 beantragt, dass ein Runder Tisch Klimaschutz eingerichtet werden soll mit der Aufgabe, Handlungsempfehlungen für den Stadtrat und darauf fußend, die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wittlich zu erstellen. Der Runde Tisch soll sich aus Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, (Land-) Wirtschaft, Umweltverbänden und weiteren Interessengruppen zusammensetzen. Über die konkrete Zusammensetzung und die Arbeitsweise berät und beschließt der zuständige Fachausschuss.

Die Bündnis 90/die Grünen-Stadtratsfraktion begründet den Antrag wie folgt:

In den Vorlagen zur Ratssitzung vom 12. September 2019 werden die von der Stadtverwaltung bereits umgesetzten Maßnahmen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes präsentiert. Wir sind froh, dass sich Wittlich bereits vor Jahren auf den Weg gemacht hat und schon verschiedenste Maßnahmen, wie etwa die Errichtung von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden oder eine nachhaltige Bewirtschaftung des Stadtwalds auf den Weg gebracht hat.

Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse der letzten Jahre zeigen allerdings, dass es unerlässlich ist, auf allen Ebenen die Anstrengungen zu intensivieren, wenn wir neben den Umweltschäden auch die damit verbundenen weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen möglichst gering halten wollen.

Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen, Wege zu finden unseren Lebensraum zu erhalten. Wenn auf jeder gesellschaftlichen und politischen Ebene etwas getan wird, haben wir vielleicht eine Chance, dieser Verpflichtung gerecht zu werden. Das beinhaltet zum einen, auf Seiten der Stadt Maßnahmen umzusetzen, um etwa den CO²-ausstoß zu reduzieren, es ist aber genauso wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und zu informieren und sie vor den Auswirkungen des Klimawandels, wie etwa steigenden Temperaturen, Starkregen oder Trockenheit, zu schützen, indem wir einen möglichst intakten Lebensraum Stadt schaffen. In Teilen wurden auch diese Problemfelder in den vergangenen Monaten bereits proaktiv angegangen, wie etwa durch die Erstellung eines Starkregenkonzeptes.

Die Komplexität des Themas erfordert eine umfassende Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten. Am Ende dieses Prozesses sollte ein umfassendes Konzept kurz-, mittel- und langfristig umzusetzender Maßnahmen stehen, die teilweise parallel zur Konzepterstellung bereits umgesetzt werden können und möglichst unter Ausnutzung von Synergieeffekten ineinandergreifen sollten.

Essentiell für die Entwicklung und Umsetzung eines solchen Klimaschutzkonzeptes ist ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens, der die umzusetzenden Maßnahmen trägt. Zur Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen hat sich unseres Erachtens das Konzept des Runden Tisches – auch in Wittlich – bereits bewährt. Um diese Gruppen möglichst ausgeglichen repräsentiert zu sehen, halten wir es für sinnvoll, den zuständigen Fachausschuss über die Zusammensetzung und auch über die Arbeitsweise des Runden Tisches entscheiden zu lassen.

Aufgabe des Runden Tisches ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen, die in den jeweiligen Fachausschüssen bzw. im Stadtrat zu beraten und gegebenenfalls zu beschließen sind. Wir glauben, dass auf diesem Wege Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe erfolgreich umgesetzt werden kann. Das Antragsschreiben ist als Anlage beigelegt.

Gemäß § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 27. Juni 2019 sind Angelegenheiten in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn eine Fraktion dies zehn Tage vor der terminierten Sitzung schriftlich beantragt. Sachanträge sind entsprechend § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf die inhaltliche Erledigung des Beratungsgegenstandes gerichtet. Über den Antrag ist nach Vortrag und Begründung durch den Antragsteller und entsprechender Aussprache im Stadtrat direkt zu beschließen, wenn der Stadtrat im Einzelfall nicht etwas anderes beschließt.

Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2019 vorgeschlagen, den Antrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Joachim Rodenkirch
Bürgermeister

Anlage:
Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion